

18.06.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Mehr Geld in der Tasche von Beschäftigten, Familien, Rentnerinnen und Rentnern – Gerechte Sozialpolitik ist gute Wirtschaftspolitik

I. Wirtschaftskonjunktur dank robuster Binnennachfrage stabil

Zur Mitte dieses Jahres sind die Einschätzungen zur künftigen Konjunktorentwicklung von den im letzten Jahr noch deutlich über 1 % für 2019 durch die Bundesregierung deutlich nach unten korrigiert worden. Sie geht nun von einem BIP-Wachstum von 0,5% für 2019 gegenüber dem Vorjahr aus. Neuere Schätzungen z.B. des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnen nun sogar wieder mit einem Wachstum von 0,9 % für 2019 und 1,7% für 2020. Ursachen für die Konjunkturabkühlung zum Jahreswechsel 2018/2019 waren u.a. Probleme im Automobilsektor, die unklare Brexit-Situation, die politischen Entwicklungen in Italien, Österreich und anderen EU-Ländern sowie die erhebliche Unsicherheit um die Handelsauseinandersetzungen, die die US-Administration u.a. mit China, aber auch der EU und weiteren Ländern führt. So verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung im letzten Quartal 2018 laut einschlägiger Indikatoren wie Geschäftserwartungen, Investitionspläne und Auftragseingänge spürbar, die deutsche Wirtschaft startete also mit einer schwierigen Ausgangslage in das Jahr 2019.

Allerdings sind nun die Erwartungen für die zweite Jahreshälfte 2019 differenziert, was an der unterschiedlichen Einflussfaktoren liegt. Zum einen bleiben die politischen Unsicherheiten hinsichtlich der Handelskonflikte, des Brexits und der Positionen etwa der italienischen Regierung bestehen. Andererseits erweisen sich die Normalisierung der Kfz- und der Boom im deutschen Baugewerbe als Stützen für die Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Außerdem sprechen die weiterhin sehr gute Arbeitsmarktlage und die kräftige Lohnentwicklung dafür, dass der private Verbrauch wieder anzieht und der Unsicherheit auf den Weltmärkten entgegenwirkt. Die Politik der Bundesregierung von CDU/CSU und SPD fördert diese positive Entwicklung. Insbesondere die folgenden sozialpolitischen Maßnahmen tragen zur Stützung des privaten Konsums bei:

- die Senkung der Sozialabgaben für Arbeitnehmende (Wiedereinführung der hälftigen Aufteilung des Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung - „Parität“ - und Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung),
- das Familienentlastungsgesetz, die Kindergelderhöhung und Anhebung des Kinderfreibetrags,

Datum des Originals: 18.06.2019/Ausgegeben: 24.06.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- die Abmilderung der kalten Progression und
- die Entlastung von Beschäftigten mit geringem Einkommen (Gleitzone Midijobs).

Diese Maßnahmen und gezielte staatliche Investitionen, wie z.B. der Digitalpakt Schule, erzeugen laut Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum. Damit sorgt die Politik insbesondere der von der SPD verantworteten Ressorts der Bundesregierung nicht nur für mehr soziale Gerechtigkeit, sondern auch für wirtschaftliches Wachstum. Auch mit dem Gute-Kita-Gesetz und dem Starke-Familien-Gesetz wurden die verfügbaren Einkommen von Privathaushalten erhöht. All das trägt dazu bei, dass insbesondere Haushalte mit einem geringeren Einkommen und entsprechend hoher Konsumquote mehr Geld in der Tasche haben und mit ihren Ausgaben die Konjunktur im Inland stützen.

Die Forderungen von CDU und FDP nach Steuersenkungen für Reiche sind reine Klientelpolitik, denn Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass Steuersenkungen für wenige Reiche und pauschale Senkungen von Unternehmenssteuern keine positiven Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Weder erhöht sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen (dies wurde für die letzten Unternehmenssteuersenkungen 2000 und 2008 untersucht), noch wird die Binnennachfrage gestärkt. Im Gegenteil: Der größte Teil würde als Vermögensanlage in Aktien und auf Konten angelegt. Damit würden dem Staat Steuereinnahmen fehlen, die wir zur solidarischen Finanzierung unseres Gemeinwesens und Investitionen dringend brauchen. Darum sind Steuersenkungen für reiche und Unternehmen, wie z.B. die von der Union geforderte Abschaffung des Solidaritätszuschlages für die höchsten Einkommen und die Senkung von Unternehmenssteuern i. H. v. ca. 20 Mrd. Euro pro Jahr nicht nur schädlich für den sozialen Zusammenhalt, sondern vor allem angesichts der fortbestehenden Unsicherheiten im Export schädlich für die Konjunktur und damit letztlich schädlich für die Wirtschaft insgesamt.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich für den konjunkturstützenden Vorschlag nach der Einführung einer staatlich garantierten Grundrente als Gegenleistung für die individuelle jahrzehntelange Arbeitsleistung auf Bundesebene einzusetzen, da hier jeder zusätzliche Euro Rente ausgegeben wird und so die Konjunktur stützt.
- die Abschaffung des Solidaritätszuschlages für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und -zahler zu unterstützen, da diese zu weiteren Erhöhungen der Nettoeinkommen von kleinen und mittleren Einkommen führt und so der private Verbrauch ebenfalls gestärkt wird.
- Den Impuls der Bundesregierung mit dem Gute-Kita-Gesetz und der damit verbundenen Reduzierung der Kita-Beiträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von Kita-Beiträgen aufzugreifen und endlich eine vollständige Abschaffung der Elternbeiträge bei Kitas anzustreben, damit Familien mehr Spielraum für ihre Ausgaben und Investitionen bekommen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Marc Herter
Frank Sundermann

und Fraktion